



IG-Sprecher Uwe Kroll (li.) zeigt der FDP-Bundestagsabgeordneten Angelika Brunkhorst (Mitte) den Plan möglicher B212(neu)-Trassen. 2.v.li FDP-Landtagskandidat Uwe Dähne und rechts daneben der FDP-Landes-Umweltpolitiker Christian Dürr. Den Plan halten der Ratsherr der Liberalen Axel Unger und die FDP-Kreisverbandschefin Ina Michalski (2.u.3. von rechts).

FOTO: ANDREAS NISTLER

FDP ermuntert Kritiker der B 212-Planungen

„Belange der Stadt Delmenhorst nahezu unberücksichtigt“

Am 6. Oktober ist Eingabeschluss für Bedenken gegen die geplante B212(neu), die durch den Delmenhorster Stadtnorden führen würde.

VON ULRICH ARLT

DELMENHORST. Die FDP-Bundestagsabgeordnete Angelika Brunkhorst und ihr Parteikollege aus dem niedersächsischen Landtag, Christian Dürr (Ganderkesee), haben am frühen Mittwoch Abend die Interessengemeinschaft B212 Freies Deich- und Sandhausen ermuntert, ihre Bedenken gegen den jetzigen Stand der Planungen einer B212 (neu) geltend zu machen. Auch der FDP-Landtagskandidat Uwe Dähne hob hervor, dass es für die Umsetzung der derzeitigen Planungen „keine Rechtssicherheit“ gebe. Dürr bot bei einem Ortstermin an der alten

Sandhauser Schule an, seine Verbindungen zu den niedersächsischen Planungsbehörden zu nutzen, um Kontakte herzustellen.

Über Detailfragen zu eventuellen Trassenführungen oder gar einer von Delmenhorster Ratspolitikern vorgeschlagenen Umgehungsstraße, die über Ganderkeseer Gebiet laufen würde, äußerten sich die beiden Politiker nicht. Sie teilten vielmehr die Einschätzung, dass es offenbar zu wenig Planungsvarianten gegeben habe, um eine verträgliche Anbindung der Wesermarsch an überregionale Verkehre zu sichern.

Uwe Kroll, Sprecher der Interessengemeinschaft, bedauerte, dass die Belastungen für Delmenhorst in die Planungen – ganz gleichgültig ob Nord- oder Südtrasse – nicht eingeflossen seien: „Da wurde an der Bremer Landesgrenze einfach Schluss gemacht“. Als

ein Beispiel nannte er die Einschätzung der Planer, dass die Bürger von Strom durch Abnahme des massiven Schwerlastverkehrs gesundheitlich entlastet würden. Es stehe im Gegensatz nicht mit einem Wort auf über 500 Seiten des Planungsberichtes, dass die Delmenhorster Bürger noch stärker belastet würden.

Durch den Übergabepunkt an der neuen Autobahn 281 in Bremen, durch Wesertunnel und geplante Maut auf der Autobahn würden sich die Verkehrsströme über die Stedinger Landstraße und Stedinger Straße durch Delmenhorst zu den Autobahnen A1 und A28 unerträglich erhöhen. Auch die Straßen der Stadt seien nicht dafür ausgelegt, täglich zusätzliche 22.000 Fahrzeuge zu verkraften. Auf die Bürger kämen nicht nur Lärmbelastungen und Luftverschmutzung, sondern auch Straßenbaukosten zu, betonte Kroll.